

Für eine würdevolle Pflege!

10 Grundsatzforderungen des Sozialverband Deutschland (SoVD) zur Fortentwicklung der Pflegepolitik

Die Sicherstellung einer würdevollen Pflege ist eine erstrangige Aufgabe jeder solidarischen Gesellschaft.

Die 1995 eingeführte Pflegeversicherung hat hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet. Jedoch bestehen in der pflegerischen Versorgung wie auch in der strukturellen Ausgestaltung der Pflegeversicherung nach wie vor erhebliche Defizite, die eine Fortentwicklung der Pflegeversicherung und Pflegestrukturen in Deutschland erforderlich machen.

Angesichts der aktuellen Reformüberlegungen fordert der Sozialverband Deutschland, bei der Reform in der Pflege vorrangig die nachfolgenden zehn Grundsatzforderungen umzusetzen:

1.

Im Mittelpunkt der Reform muss die **Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Angehörigen** stehen. Die anstehende Pflegereform muss von dem Ziel getragen sein, würdevolle Pflege und volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jeden pflegebedürftigen Menschen zu verwirklichen. Keinesfalls dürfen Aspekte der Finanzierbarkeit zum alleinigen oder vordringlichen Ausgangspunkt einer Reform gemacht werden.

2.

Der SoVD fordert eine Trendwende in der Pflegepolitik. Der im elften Sozialgesetzbuch verankerte grundsätzliche **Vorrang der häuslichen Pflege muss verwirklicht werden**, denn Menschen mit Pflegebedarf wollen – wie alle Menschen – zu Hause und in privater Atmosphäre selbstbestimmt leben. Die Wahrung der Menschenwürde, gerade auch im Alter und bei Behinderung, erfordert, dass Dienstleistungen zu den Menschen gebracht werden und sich an deren Bedarf messen lassen. Dazu müssen quartiersbezogene Pflegekonzepte weiterentwickelt, alternative Wohn- und Betreuungs-

formen ausgebaut und die Vereinbarkeit von Pflege- und Berufstätigkeit verbessert werden. Wir brauchen ein klares Bekenntnis der Politik für den Vorrang häuslicher Pflege.

3.

Der SoVD fordert die zügige **Einführung eines neuen, teilhabeorientierten Pflegebedürftigkeitsbegriffs**. Heute wird der Grad der Pflegebedürftigkeit vor allem anhand körperbezogener Defizite gemessen, wogegen psychisch-kognitive Einschränkungen kaum berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die Zunahme an demenziellen Erkrankungen kann der reale Pflegebedarf auf diese Weise nicht umfassend dargestellt werden. Würdevolle Pflege muss ganzheitlich orientiert sein und auch soziale, psychosoziale und kommunikative Aspekte berücksichtigen. Ihr Ziel muss sein, Menschen mit Pflegebedarf ein weitgehend selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund fordert der SoVD die Politik auf, die notwendigen Neuregelungen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs aus dem Jahr 2009 zügig umzusetzen.

Für eine würdevolle Pflege!

4.

Der SoVD fordert, den gesetzlichen Auftrag des Grundsatzes der **Rehabilitation vor und bei Pflege** gezielt umzusetzen. Die Vermeidung oder Verminderung von Pflegebedürftigkeit ist für die betroffenen Menschen von hoher Bedeutung und trägt zu mehr Lebensqualität und besserer Teilhabe bei. Die finanziellen Anreize müssen so geändert werden, dass aktivierende und rehabilitative Pflege gefördert wird. Falsche finanzielle Anreize für eine verstärkt stationär ausgerichtete Pflege sind zu beseitigen.

5.

Der SoVD fordert insgesamt eine **präventiv ausgerichtete Gesundheits- und Pflegepolitik**. Ein integriertes und trägerübergreifendes Zusammenwirken aller Akteure im Gesundheitswesen mit dem Ziel, auch im Alter Gesundheit zu erhalten und bereits verlorene Fähigkeiten wieder zu gewinnen, trägt dazu bei, Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder hinauszuzögern.

6.

Der SoVD fordert eine **systematische Weiterentwicklung der Pflegestandards**. Um die **Qualität einer würdevollen Pflege** sicherzustellen, die sich allein am Wohl des pflegebedürftigen Menschen orientiert, bedarf es weiterer zahlreicher Anstrengungen und vor allem einer effektiven Um- und Durchsetzung vorhandener qualitätssichernder Vorschriften. Der SoVD wendet sich in diesem Zusam-

menhang entschieden gegen Entwicklungen, die Fachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen aufzuweichen. Grundsätzlich fordert der SoVD die Aufnahme von Ein-Bett-Zimmern als Standard in die Heimgesetze der Bundesländer.

Um einen **qualitätsorientierten Wettbewerb um die beste Pflege** zu fördern, muss die Qualität von Pflege transparent gemacht und vergleichbar dargestellt werden. Dazu bedarf es einer Überarbeitung und Weiterentwicklung der „Pflegetoten“. Der mit den Pflegetransparenzvereinbarungen eingeschlagene Weg ist grundsätzlich richtig und muss weiter verfolgt werden.

7.

Der SoVD setzt sich für eine **umfassende Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger und nahe stehender Personen** ein. Die ganz überwiegende Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird zu Hause von Angehörigen oder nahe stehenden Personen betreut. Pflegende Menschen benötigen eine weitgehende Unterstützung der Gesellschaft und den Ausbau entlastender Angebote. Über die Förderung von niedrighwelligen Angeboten und Modellprojekten nach §§ 45 c und d SGB XI hinaus fordert der SoVD, Pflegenden einen regelmäßigen Anspruch auf eigene medizinische Rehabilitations- und Präventionsmaßnahmen zu gewähren.

Für eine würdevolle Pflege!

8.

Pflege verlangt eine hohe fachliche und soziale Kompetenz. Die aufopferungsvolle Arbeit der Pflegekräfte, die häufig unter schwierigen Arbeitsbedingungen zu leisten ist, wird zu wenig gewürdigt. In der Folge sind wir bereits heute mit einem erheblichen Fachkräftemangel konfrontiert, der sich in unserer alternden Gesellschaft absehbar weiter verschärfen wird.

Der SoVD fordert eine **bessere Unterstützung professioneller Pflegekräfte** sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf arbeitsrechtlicher Ebene. Einrichtungen, Dienste und Politik sind aufgefordert, für angemessene Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung Sorge zu tragen. Dazu können ein Ausbau der Studienangebote im Bereich Pflege, verbesserte Aufstiegschancen und eine Reform der Ausbildung beitragen. Qualifizierte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte kann allenfalls eine ergänzende Funktion haben und muss an strenge Anforderungen in Bezug auf Qualifikation und Sprachkenntnis gebunden sein.

9.

Die soziale Pflegeversicherung hat sich grundsätzlich bewährt. Der SoVD wendet sich mit Nachdruck gegen Überlegungen, das Pflegerisiko immer stärker zu privatisieren und steigende Kosten durch von den Versicherten zu leistende individuelle Teilkapitaldeckungsbeiträge zu finanzieren.

Der SoVD setzt sich dafür ein, die **soziale Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Pflegebürgerversicherung auszubauen**, die alle Bürgerinnen und Bür-

ger sowie alle Einkommensarten gleichermaßen umfasst. Darüber hinaus muss die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau angehoben werden. Vor dem Hintergrund, dass im Bereich der Pflege mit der Versicherungspflicht in der sozialen und privaten Pflegeversicherung faktisch bereits das Prinzip einer Bürgerversicherung gilt und sich ausschließlich die Finanzierung unterscheidet, ist eine Trennung in private und soziale Pflegeversicherung auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Risiken unsolidarisch und nicht zu rechtfertigen. Als erster Schritt zu einer Pflegebürgerversicherung muss ein umfassender Solidarausgleich zwischen privater und sozialer Pflegeversicherung installiert werden.

10.

Die **Finanzierung der Pflegeversicherung** kann langfristig nur sichergestellt werden, **wenn die unterschiedlichen Elemente der Fortentwicklung der Pflege miteinander verknüpft** werden: Die häusliche Pflege muss umfassend gestärkt und alternative Wohn- und Pflegemodelle müssen bundesweit ausgebaut werden. Die Gesundheits- und Pflegepolitik muss trägerübergreifend präventiv auf die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit ausgerichtet sein und die Pflegeversicherung muss zu einer Pflegebürgerversicherung ausgebaut werden.

Da auch in der gesetzlichen Pflegeversicherung stabile Beitragseinnahmen von besonderer Bedeutung sind, ist der Erosion des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken und mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen, dass vollschichtige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland zunimmt.

Für eine würdevolle Pflege!

Der Bundesgesundheitsminister hat 2011 zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Die Herausforderungen im Bereich der Pflege aber sind so groß, dass es nicht bei einem mottobehafteten Jahr bleiben darf.

Der SoVD hält es nicht zuletzt mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) für dringend erforderlich, dass der Paradigmenwechsel für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe, so wie er im SGB IX in der Politik für behinderte Menschen vollzogen wurde, nunmehr auch in der Pflege verwirklicht wird.

Eine humane und würdevolle Pflege, die die Würde des pflegebedürftigen Menschen, seine Belange, seine Interessen und Bedürfnisse sowie seine körperliche und geistige Integrität in den Mittelpunkt stellt, ist im Interesse aller und in einer solidarischen Gesellschaft unverzichtbar.

Der Sozialverband Deutschland hat seine Positionen zur Pflege über die vorgenannten Grundsatzforderungen hinaus umfangreich in der Broschüre „Für eine würdevolle Pflege“ dargelegt.

Berlin, im Januar 2011

DER BUNDESVORSTAND

Impressum:

Abteilung Sozialpolitik

Tel.: 030 / 72 62 22 – 0

Fax: 030 / 72 62 22 – 328

Rückfragen: 030 / 72 62 22 – 199

E-Mail: fabian.mueller-zetsche@sovd.de

Sozialverband Deutschland e.V.

Stralauer Straße 63
10179 Berlin

Tel. (030) 72 62 22 - 0

Fax (030) 72 62 22 - 311

kontakt@sovd.de

www.sovd.de | www.sovd-tv.de